

Paul Roth

Gelenkte Massenkommunikation

Die Disziplinierung der Öffentlichkeit in der Sowjetunion nach Chruschtschows Sturz

Die Pensionierung Chruschtschows im Oktober 1964 leitete in der Sowjetunion eine neue Phase der gelenkten Massenkommunikation ein. Sie ist gekennzeichnet durch den Versuch, eine rigide Disziplinierung der Massenmedien und der Öffentlichkeit mit einer Ausweitung und Verbesserung der Wirksamkeit der Medien zu verbinden. Auch zu Zeiten Chruschtschows hatte es niemals eine freie Meinungsbildung in der Sowjetunion gegeben. Aber es hatte ein „Tauwetter“ gegeben, die Verurteilung des „Personenkults“. Der folgende Beitrag befaßt sich nur mit den Disziplinierungsmaßnahmen von Staat und Partei nach Chruschtschow, ferner mit dem Widerstand gegen diese Maßnahmen, jedoch nicht mit den Maßnahmen des Regimes zur Ausweitung der Medien und zur Verbesserung ihrer Wirksamkeit.

Halt der Entstalinisierung

Bereits auf der Plenumsitzung des Zentralkomitees, die am 14. 10. 1964 Chruschtschow in den Ruhestand versetzte, begann die Kritik an der bisherigen Tätigkeit der Massenmedien. A. G. Jegorow, der stellvertretende Leiter der ideologischen Abteilung des ZK, sagte hierüber im Februar 1965 vor dem V. Plenum des sowjetischen Journalistenverbands u. a.¹: „Auf den Plena des ZK (gemeint sind sowohl das Oktober- wie des Novemberplenum des ZK im Jahr 1964) wurde scharfe Kritik an einigen Presse- und Rundfunkorganen deswegen geäußert, weil sie gleichzeitig beflößigt waren, Sensationen und Geschwätz aufzublasen, sich begeistert mit der zur Schau gestellten Seite einer Sache zu befassen. Für uns sowjetische Journalisten müssen diese von der Partei aufgedeckten wesentlichen Mängel in der Arbeit der Presseorgane eine ernste Lehre sein.“ (Das russische Wort für Presse wurde damals vielfach noch unscharf für die Massenmedien überhaupt verwendet.) Dieser Vorwurf wurde von anderen Leitmedien wiederholt, so z. B. vom Zentralorgan „Prawda“ (27. 7. 1965).

Etwa zu dieser Zeit wurde auch die Entstalinisierung gestoppt. Michel Tatu legt den „Halt der Entstalinisierung“² auf die ersten Monate des Jahres 1965 und vermutet, daß dies auf Betreiben der Militärs geschah. Die allgemeine Verhärtung der Situation wurde offensichtlich, als im September 1965 zahlreiche – wahrscheinlich einige hundert – Intellektuelle in Moskau, Leningrad und der Ukraine verhaftet

wurden. Unter ihnen befanden sich auch die Schriftsteller Andrej Sinjowski und Julij Daniel. Sie hatten gewagt – unter Pseudonym – im Ausland zu publizieren. Im Februar 1966 wurden sie – unter heftigen Protesten sowjetischer Dissidenten und des Auslands – wegen „antisowjetischer Propaganda“ abgeurteilt. Wahrscheinlich hatte man diesen Prozeß als Warnsignal dem XXIII. Parteitag vorausgeschickt.

Doch blieb der XXIII. Parteitag (März/April 1966) ein „Parteitag des Schweigens“ (Tatu, 490 ff.), d. h. die eigentlichen Probleme der Erben der Macht wurden nicht offen ausgesprochen. Es kann sein, daß die Proteste gegen das Gerichtsverfahren eine offene Rehabilitierung Stalins verhinderten. Wahrscheinlich war auch der Kampf der neuen Machthaber untereinander noch nicht ausgefochten. Nobelpreisträger Scholchow allerdings verdammt noch einmal Sinjowski und Daniel und bedauerte, daß nicht die früheren Maßnahmen gegen sie angewendet worden seien. A. Twardowski, der Solschenizyn als Chefredakteur von „Nowy mir“ gefördert und gedeckt hatte, wurde nicht mehr Parteitagsdelegierter.

Im übrigen beschränkte sich Breschnew in seinem Rechenschaftsbericht auf Sätze wie: „Die Partei verfügt über vorzügliche Kader von Propagandisten, Agitatoren und Journalisten, von Mitarbeitern in Fernsehen, Film, Funk und der Bühne. Sie stellen tatsächlich einen goldenen Fonds der Partei dar, der behütet, sorgfältig gefördert und richtig eingesetzt werden muß.“ Neben diesem goldenen Fonds gab es jedoch immer mehr sowjetische Intellektuelle, die vor einem Rückfall in die Stalinzeit warnten. So hatten 25 bedeutende Persönlichkeiten des wissenschaftlichen und kulturellen Lebens – unter ihnen Sacharow – in einem vom März 1966 datierten Brief an Breschnew vor den Folgen einer Stalin-Rehabilitierung gewarnt. Auch lebte der Samisdat weiter.

Um diese Gruppen einzuschüchtern, wurde 1966 das Strafgesetzbuch der RSFSR in den Artikeln 190/1 und 190/3 (Verbreitung lügenhafter Behauptungen; Gruppenaktionen, welche die gesellschaftliche Ordnung stören) ergänzt und verschärft. Und im Juli 1966 wurde – in der Tradition des gefürchteten und unter Chruschtschow abgeschafften Innenministeriums (MWD) – das „Ministerium für den Schutz der öffentlichen Ordnung“ geschaffen. Im Januar 1967 wurde A. Ginsburg verhaftet, der ein Weißbuch über den Prozeß Sinjowski/Daniel dem KGB überreicht hatte.

Welche Vorstellung die Partei damals von der Disziplinierung der Öffentlichkeit hatte, das formulierte 1967 der neue Leiter der Propagandaabteilung des ZK (von 1967–1970), V. J. Stepakow so: „Das System der Propaganda gleicht nach unserer Vorstellung einem Orchester, in dem jedes Instrument seine besondere, seiner Art entsprechende Aufgabe hat; die Instrumente jedoch insgesamt in der Einheit ein harmonisches Ensemble bilden. Und damit alle Instrumente gut klingen, muß man die Möglichkeit eines jeden vollständig kennen und ausnützen.“³ Im gleichen Jahr 1967 richteten 167 sowjetische Intellektuelle eine Petition an den Obersten Sowjet⁴ und schlugen ein Gesetz vor, das zwar keine Meinungsfreiheit im westlich-demokratischen Sinn garantieren, aber die Vorzensur abschaffen und einen größeren Freiheitspielraum gewähren sollte.

Zuspitzung als ideologischer Kampf

Das Regime glaubte offensichtlich, durch einen neuen Prozeß die Dissidenten einzuschüchtern. Im Januar 1968 wurden Ginsburg und Galanskow hinter verschlossenen Türen abgeurteilt. Galanskow hatte den Samisdat-Band „Phönix 66“ herausgebracht. Eine Welle von Protestschreiben wandte sich gegen dieses Urteil, der Protest war umfassender als jener gegen den Sinjawski-Daniel-Prozeß. Während unter Chruschtschow nur kleine Gruppen von Intellektuellen protestierten, „vollzog sich in den Jahren 1965 bis 1967 eine Wandlung. Die Hoffnungen auf Reformen von oben wurden begraben, in zunehmendem Maße gingen nun auch liberale Intellektuelle, die unter Chruschtschow noch mit dem Establishment verbunden waren, in die innersowjetische Opposition und nahmen an deren Aktivitäten teil. Neben der künstlerischen Intelligenz traten mehr und mehr prominente Naturwissenschaftler und Angehörige der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz auf.“⁵

Prof. Feuer meint, daß Obninsk „vielleicht einmal als Geburtsstätte der demokratischen Bewegung in der Sowjetunion in die Geschichtsbücher eingehen würde“⁶. Im April 1968 sprach Breschnew auf einem ZK-Plenum von der „Zuspitzung“ des ideologischen Kampfes. Dies war eine deutliche Warnung. Ungeachtet dessen erschien die erste Nummer des Samisdat-Periodikums „Chronik der laufenden Ereignisse“⁷ im gleichen Jahr. Jede Ausgabe dieser alle zwei Monate erscheinenden Zeitschrift begann mit dem Artikel 19 der Menschenrechtsdeklaration: „Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfaßt die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“

Im gleichen Jahr 1968 begann Sacharows „Memorandum“ (Frankfurt 1968) zu zirkulieren. Wie aus dem Schlußwort hervorgeht, hat Sacharow darin nicht nur seine private Meinung ausgesprochen. Eine Forderung zieht sich durch das gesamte Memorandum, die Forderung nach Abschaffung der Zensur, nach Intensivierung des Informationsaustauschs. In den Schlußvorschlägen heißt es unter Ziffer 3 (S. 59): „Ein ‚Gesetz über Presse und Information‘ muß ausgearbeitet, besprochen und angenommen werden, welches das Ziel verfolgt, nicht nur die verantwortungslose Zensur abzuschaffen, sondern auch die Selbstkritik in unserer Gesellschaft und den Geist furchtloser Diskussion und Erforschung der Wahrheit zu fördern. Dieses Gesetz muß die praktische Hilfe für die Gedankenfreiheit schaffen.“

Es kann hier nicht der ganze Fächer oppositioneller Gruppen aufgeführt werden, die sich nach 1968 formierten. Er reicht von der Menschenrechtsbewegung, die 1969 vorbereitet wurde, bis hin zu militanten Slawophilen. Religiöse und nationale Dissidentengruppen bildeten sich, seit dem Sechstagekrieg des Jahres 1967 formierte sich auch eine jüdische Dissidentengruppe. Ungeachtet aller – zum Teil sehr großen – Unterschiede waren sich diese Gruppen in einem einig: der Forderung nach Meinungsfreiheit. Diese Forderung hat vor allem das 1970 gegründete „Menschenrechtskomitee“ (damals

Sacharow, Twerdochlebow und Tschalidse) vertreten. Damit ist jedoch schon vorausgegriffen.

Das Regime war verunsichert und begann nach 1968 mit einem „selektiven Terror“ gegen die aktivsten Dissidenten⁸. Hier kann die Kette der Verfolgten nicht aufgezählt werden, nur einige Namen sollen als Beispiele genannt werden: Ginsburg, Galanskow, Bukowskij, Amalrik, Grigorenko, Martschenko, Lewitin-Krasnow, Sacharow, Solschenizyn, Medwedjew usw. Die einen sperrte man ein, andere wurden in Irrenanstalten isoliert, wieder andere durch öffentliche Beschimpfung terrorisiert. Immer war der Grund ein Samisdat-Text, eine Petition, ein offener Brief, eine Mini-Demonstration.

Der tschechoslowakische Schock

Diese Phase der Unsicherheit der sowjetischen Machthaber bekam einen zusätzlichen Akzent durch die Ereignisse in der Tschechoslowakei. Auf der Tagung des tschechoslowakischen Schriftstellerverbands im Juni 1967 war von Fehlern des sozialistischen Systems auf dem Gebiet der Kulturpolitik die Rede. Es folgten Umbesetzungen im Partei- und Staatsapparat der Tschechoslowakei. Als im März 1968 der Chefideologe Hendrych seines Amts enthoben wurde, bedeutete dies in der Tschechoslowakei praktisch die Aufhebung der Zensur. Am 25. 6. 1968 schaffte eine Novelle zum Pressegesetz die Zensur endgültig ab. Am 21. August rückten Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei ein, am 30. August wurden die Massenkommunikationsmittel dem Amt für Presse und Information unterstellt.

Hier kann nicht untersucht werden, welche Gründe die UdSSR bewogen haben, das Bruderland zu besetzen. Eines ist jedoch eindeutig: die Gefahr einer freien Meinungsbildung, ungelenkt und unzensiert durch die Partei, war für die Partei, war für die sowjetischen Machthaber erschreckend⁹. Dieser Schock ist bis heute in der UdSSR nicht überwunden. Man kann dies u. a. in den Materialien eines Symposiums der „sozialistischen Bruderländer“ im Jahr 1975 in Moskau nachlesen¹⁰. In Kreisen sowjetischer Dissidenten wurden die Ereignisse in der Tschechoslowakei heftig diskutiert. Aber auch einige sowjetische Soziologen wurden anscheinend „infiziert“.

Das läßt sich aus einem Absatz eines 1972 in Minsk erschienenen Buchs entnehmen¹¹. Dort heißt es u. a.: „Die Monopolisierung der Massenmedien unter der Bedingung des Sozialismus führt zu fortschrittlichen sozialen Ergebnissen. Der Versuch einiger sowjetischer Soziologen, in einer ‚Reihe von Beobachtungen‘ die Gefahr für die sozialistische Gesellschaft infolge der Monopolisierung der Medien zu beweisen, ist völlig grundlos. Wenn das staatliche Monopol über die Massenmedien verlorengeht, ist dies – gerade umgekehrt – eine Gefahr für den Sozialismus; entsteht die Möglichkeit, sie im Kampf gegen die sozialistische Ordnung auszunutzen. Ein überzeugendes Beispiel hierfür sind die Ereignisse in der Tschechoslowakei in den Jahren 1968/1969 . . .“ Interessant ist in diesem Text, daß auch das Jahr 1969 genannt wird, also das Jahr nach der Besetzung.

Die „Gegenmedien“

Zu dieser Zeit – also 1968/1969 – schrieb Roy Medwedjew in seinem in der Sowjetunion verfaßten (und dort nicht veröffentlichten) „Buch über die sozialistische Demokratie“¹²: „Man muß endlich lernen, den Gedanken und Ansichten anderer Leute neue überzeugendere, logischere, besser abgestützte gegenüberzustellen und nicht nur neue Stör-, Zensur- und Repressivsysteme . . . Die Frage der Rede- und Pressefreiheit, der Freiheit wissenschaftlichen und künstlerischen Schaffens steht heute im Mittelpunkt aller Diskussionen über die sozialistische Demokratie. Und das ist normal, denn die geistige Freiheit ist ohne Presse- und Redefreiheit, ohne Recht auf Information unmöglich.“

Im März 1970 richteten die Physiker Sacharow und Turtshin und der Historiker Roy Medwedjew an Partei und Regierung einen Brief mit Reformvorschlägen für eine Demokratisierung des Landes. Einer der Vorschläge lautete: „Annahme eines Gesetzes über Presse und Information. Zulassung neuer Presseorgane für gesellschaftliche Organisationen und Gruppen von Bürgern. Völlige Abschaffung der Vorzensur in jeder Form.“ Daran jedoch dachte das Regime keinen Augenblick. Die Prozesse gegen Dissidenten wurden fortgesetzt, vielfach unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Das Kontroll- und Zensursystem blieb unangetastet. Der ehemalige sowjetische Journalist Leonid Wladimirow, der 1966 nicht in die Sowjetunion zurückkehrte, berichtete, daß in der Sowjetunion „nicht das kleinste bedruckte Stück Papier“ erscheinen konnte, bevor es durch die Zensur gegangen war¹³. Diese Information wird ergänzt durch eine sowjetische Geheimdirektive aus dem Jahr 1970, die in den Westen gelangt ist (Time, 23. 7. 1973). Sie zählt jene Themen auf, über die Meldungen nur mit Genehmigung der Zensur veröffentlicht werden dürfen. Es sind u. a.: Statistische Angaben über die Kriminalität, geheime Gerichtsverhandlungen, Existenz von Zwangsarbeitslagern, Unzufriedenheit unter Militärpersonen, Naturkatastrophen.

Es gibt jedoch noch eine andere Quelle, um sich über Vorgänge und Probleme innerhalb der sowjetischen Gesellschaft zu informieren. Der amerikanische Journalist Henry Shapiro, der etwa 40 Jahre lang in Moskau gearbeitet hat, sagte hierzu in einem Interview (Playboy, Okt. 1973, 54): „Wenn man wissen will, was in politischer Hinsicht in der Sowjetunion passiert, was mit der sowjetischen Gesellschaft passiert, muß man die Romanliteratur lesen. Sowjetische Romane vermitteln einen sehr guten Einblick in das heutige Sowjetleben.“ Angesichts dieser Tatsache ist es nicht verwunderlich, daß z. B. 1969 Solschenizyn aus dem sowjetischen Schriftstellerverband ausgeschlossen wurde und 1970 der Chefredakteur von „Nowy mir“, A. Twardowski, gezwungen war, sein Amt abzugeben.

Das staatliche Informationsmonopol war zu diesem Zeitpunkt zwar nicht durchbrochen, aber doch durchlöchert. Die zahlreichen Texte des Samisdat hatten sich nicht nur Kritik, sondern vor allem Information zur Aufgabe gemacht. Erhebliche Bedeutung spielten vor allem jene Samisdattexte, die periodisch verbreitet wurden. Hier sol-

len nur einige davon genannt werden: „Chronik der laufenden Ereignisse“, „Der ukrainische Bote“, „Der Exodus“ (Zeitschrift jüdischer Dissidenten), „Politisches Tagebuch“, „Der Sämann“ (sozialdemokratische Tendenz), „Der Leuchtturm“ (armenische Dissidenten), „Wetsche“ (slawophile Gruppe; „Wetsche“ = Altrussische Volksversammlung), „Chronik der litauischen katholischen Kirche“ usw. Alle diese Periodika sind nach 1968 erschienen. Im Samisdat-Periodikum „Swobodnaja mysl“ (Freies Denken), erschienen im Dezember 1971, konnte man lesen: „Das Erscheinen von Samisdat und seine trotz der Repressionen ungebrochene Existenz beweisen, daß die demokratische Bewegung in unserem Land aus den Bedürfnissen der gesellschaftlichen Entwicklung entstanden ist; ihr Einhalt zu gebieten ist unmöglich . . . Durch Samisdat wird die Verbreitung objektiver Informationen politisch-gesellschaftlichen Inhalts verwirklicht.“¹⁴

Der Samisdat wurde ergänzt durch den „Lentisdat“. Damit bezeichnet man in der Sowjetunion die private Tonbandaufnahme von Texten und Chansons, die privat weiterverbreitet und kopiert werden. Kritische Chansons von Okudschawa und Galitsch erfreuten sich großer Beliebtheit. Teilweise werden auch Texte von Sendungen ausländischer Rundfunkstationen auf diese Weise verbreitet. Aus einigen Gerichtsverhandlungen wissen wir, daß z. B. Evangeliumschröten-Baptisten religiöse Sendungen auf Band aufgenommen und verwertet haben. Erwähnt werden muß auch noch „Tamisdat“. Damit bezeichnet man in der Sowjetunion die Niederschrift von Sendungen ausländischer Rundfunkstationen und ihre Verbreitung. Da der Samisdat in der Sowjetunion nur einen begrenzten Kreis von Personen erreichen kann, die Weitergabe von Samisdattexten mit einem Risiko verbunden ist, finden manche Samisdattexte erst auf dem Umweg über ausländische Rundfunksendungen den Weg in den „Tamisdat“.

Entspannung und Abschirmung

Damit haben wir dem Ablauf der Ereignisse, die sich überlappen, bereits etwas vorgreiffen. Der blutige Zusammenstoß mit chinesischen Einheiten am Ussuri im März 1969 zog z. B. erhebliche Konsequenzen für die Aussagen der Massenmedien nach sich. Von nun an versäumten sie keine Gelegenheit, um dem Maoismus Verrat am Marxismus-Leninismus vorzuwerfen. Etwa in dem gleichen Zeitraum fiel die Veränderung der Beziehungen zu den USA und der Bundesrepublik. Bis in das Jahr 1969 hinein hatten die sowjetischen Massenmedien zwei „Hauptfeinde des Weltfriedens“ unbarmherzig angeprangert: die USA und die Bundesrepublik. Insbesondere der Bundesrepublik warf man vor, sie habe die Ereignisse in der Tschechoslowakei mit gefördert.

Mit Beginn der Entspannungspolitik änderte sich die Situation etwa seit Ende 1969. Am 12. August 1970 wurde in Moskau der Vertrag zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. Am 18. August 1970 gab die „Prawda“ eine „Meinungshilfe“ für die sowjetische Öffentlichkeit: „Derjenige, der jahrzehntelang gewöhnt war, die BRD nur als Instrument zur Verwirklichung aggressiver Blockinter-

essen anzusehen, wird sich schwer damit aussöhnen, daß Westdeutschland, wie jeder souveräne Staat, staatliche Interessen hat und den Wunsch, eine Politik zu führen, die die reale Situation und die Möglichkeiten berücksichtigt.“ Marion Gräfin Dönhoff berichtete im August 1970 aus Moskau (Die Zeit, 21. 8. 1970), wie verblüffend für sie der plötzliche Wandel im Klima gegenüber „den Deutschen“ war: „Hat man uns jahrelang als Giganten der bösen, revanchistischen Absicht dargestellt, so sind wir nun, wo es wieder erlaubt ist, anders zu denken, im Handumdrehen zu Giganten positiver Möglichkeiten geworden.“

Dies bezog sich vor allem auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten. Unbestreitbar ist allerdings, daß sich von diesem Augenblick an die Berichterstattung über die Bundesrepublik versachlichte, ohne den ideologischen Hintergrund zu verwischen, daß die Bundesrepublik nach wie vor ein kapitalistischer Staat war. Der ehemalige Bundeskanzler Brandt berichtet in seinen Erinnerungen (Der Spiegel, H. 22, 1976, 175), daß sich für die sowjetische Armee durch diesen Vertrag besondere Probleme ergaben: „Von einem besonderen Problem berichtete mir einer meiner skandinavischen Freunde nach einem Gespräch mit Marshall Gretschnko: Der Vertrag erfordere eine umfassende Neu-Indoktrinierung innerhalb der sowjetischen Streitkräfte, denn das ‚Feindbild‘ stimmte nicht mehr.“ Die Publikationen des sowjetischen Verteidigungsministeriums hielten jedoch weitgehend am alten Feindbild der imperialistischen Bundesrepublik fest.

Diese Versachlichung in der publizistischen Behandlung der Bundesrepublik brachte Schwierigkeiten mit sich. Man wollte einen kapitalistischen Staat einigermaßen schonend behandeln, mußte jedoch gleichzeitig fürchten, das ideologische Weltbild zu gefährden. Denn ein kapitalistischer Staat war – nach diesem Weltbild – ein Relikt der Vergangenheit, eine Gefahr für den Weltfrieden, ein Ausbeutungsinstrument der herrschenden Klasse. Man versuchte dies „dialektisch“ zu lösen. So blieb auf den „tieferen Ebenen“ (z. B. den ideologischen Lehrbüchern) das Bild der kapitalistischen Bundesrepublik unverändert. Auch verbreitete sich eine panische Furcht, die verbesserten Beziehungen könnten einen negativen Informationsfluß in die UdSSR bringen.

Am Vortag des XXIV. Parteitags, der Ende März 1971 begann, sah der Fachmann der „Neuen Züricher Zeitung“, Kux, die Situation so (NZZ, 21. 3. 1971): „Die Führung unter Breschnew baut um sich einen immer höheren Schirm auf. Wichtige Parteibeschlüsse werden gar nicht mehr veröffentlicht . . . Information wird wieder, wie zu Stalins Zeiten, nur in verschlüsselter ideologischer Sprache gegeben . . . Die im Gange befindliche Aufwertung der Ideologie hat defensive Züge. Sie dient in erster Linie der Abschirmung der Sowjetbürger gegen unerwünschte Beeinflussung von außen. Eine laute Kampagne gegen westliche Radiostationen, gegen Berichte von Auslandskorrespondenten aus Moskau sowie gegen Umgang mit Ausländern warnt die Sowjetbürger vor einer angeblichen ‚ideologischen Großoffensive der Imperialisten‘ zur inneren ‚Subversion‘ des Sowjetsystems.“

Kux verweist ferner auf den Kampf gegen von der „wahren Lehre“ abgefallene Kommunisten (z. B. Roger Garaudy, Ernst Fischer), gegen den Maoismus, die Wieder-

belebung der Zwei-Lager-Theorie der Stalinzeit und „die Korrektur der Entwicklung seit Stalins Tod, die jetzt als falsch und wenig erfolgreich beurteilt wird“. Günther Wagenlehner hat den XXIV. Parteitag mit der Überschrift „Parteitag der Reaktion“ treffend charakterisiert (Osteuropa, H. 8/9, 1971, 609). Nun wurde endgültig Schluß gemacht mit der Vergangenheitsbewältigung. Breschnew wies in seinem langen Rechenschaftsbericht auf die „anhaltende Wühlätigkeit des Imperialismus“ hin, setzte sich mit „bürgerlichen Ideologen und Revisionisten“ auseinander, versetzte Solschenizyn einen zusätzlichen Tritt und kündigte einen Umtausch der Parteiausweise an. Das bedeutete eine Gesinnungsprüfung.

Ideologischer Krieg

Breschnew sagte u. a.: „Wir leben unter den Bedingungen eines nicht nachlassenden ideologischen Krieges, den die imperialistische Propaganda unter Einsatz der raffiniertesten Methoden und stärksten technischen Mittel gegen unser Land, gegen die Welt des Sozialismus führt . . . Es ist die Pflicht der Mitarbeiter unserer Propaganda- und Agitationsfront, diesen ideologischen Ausfällen eine rechtzeitige, entschlossene und wirksame Abfuhr zu erteilen und Hunderten von Millionen Menschen die Wahrheit über die sozialistische Gesellschaft, über die sowjetische Lebensweise und über den Aufbau des Kommunismus in unserem Land zu sagen.“

Ende 1971 verschärfte sich die Situation in der Sowjetunion erneut. Die Kampagne gegen Solschenizyn, der im Oktober 1970 den Nobelpreis zugesprochen bekam, wurde weiter angeheizt. Januar 1972 wurde W. Bukowski zu langjähriger Haft verurteilt. Die Verhaftungen von Nonkonformisten nahmen zu. Dies löste jedoch die Probleme nicht. Im März 1972 wandte sich Sacharow mit einem Memorandum an Generalsekretär Breschnew und forderte eine allgemeine Liberalisierung. Sacharow forderte u. a.: „Förderung der Meinungsfreiheit, des Lerneifers und der schöpferischen Unruhe. Abschaffung der Störung ausländischer Rundfunksendungen; verstärkte Einfuhr ausländischer Literatur; Beitritt zum internationalen Abkommen zum Schutz der Autorenrechte; Erleichterung des internationalen Fremdenverkehrs im Sinn der Überwindung der für unser Land unheilvollen Isolation . . .“¹⁵

Im Mai kam es zu Protestaktionen in Lettland gegen die Russifizierungspolitik. Im August wandten sich 20 000 Krimtataren an Breschnew; sie forderten das Recht auf Rückkehr in ihre Heimat, die Krim. Damit sind die Protestaktionen und die Gegenmaßnahmen nicht vollständig aufgezählt, sondern nur angedeutet. Im November 1972 wurde dann auch die „Chronik der laufenden Ereignisse“ unterdrückt. (Seit Ende 1973 erscheint sie allerdings wieder.)

Die Reaktion der Partei läßt sich am April-ZK-Plenum 1973 ablesen. Andropow, der Chef des Staatssicherheitsdienstes, wurde (zusammen mit Außenminister Gromyko und Marschall Gretschnko) neues Mitglied des Politbüros. Grigorij Romanow, der sich

bei der Verfolgung abweichlerischer Intellektueller hervorgetan hatte, wurde Kandidat des Politbüros. Er ist Vertreter des Leningrader Parteiapparats. Seit April/Mai 1973 begann „ein mit allen Mitteln der Technik moderner Massenmedien geförderter ‚Personenkult‘ (Breschnews), der den Chruschtschows bereits überflügelte“¹⁶. In der zweiten Hälfte des Jahres 1973 wurde übrigens der Ton der sowjetischen Massenmedien gegenüber der Bundesrepublik wieder härter. Man verwies stärker auf „revanchistische“ und „faschistische“ Kräfte, auf die angebliche Fehlinformation der Bundesbürger über die sozialistischen Staaten. Vor allem strapazierte man das Thema „Diskriminierung wegen Überzeugung“ (Radikalenerlaß).

Angst vor „antikommunistischer Diversion“

Die langjährigen Bemühungen der Sowjetunion um eine multilaterale Staatenkonferenz fanden 1968 ein positives Echo und leiteten schrittweise zu multilateralen Konsultationen zur Frage der KSZE im November 1972 in Helsinki über. Nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei war man sich aber in Moskau und den von ihm abhängigen Staaten klar darüber, daß dies auch Gefahren in sich bergen konnte.

Im Herbst 1969 tagten in der Nähe von Warschau kommunistische Funktionäre, um unter der Devise „europäische Sicherheit“ darüber zu beraten, wie „Propagandazentren des kalten Krieges“ wie „Radio Free Europe“ und „Radio Liberty“ bekämpft werden könnten. Zu Beginn des Jahres 1970 fand in Moskau eine „internationale wissenschaftliche Konferenz“ statt. Das Thema war: Zusammenarbeit des Warschauer Pakts gegen „antikommunistische Diversion“. Seit 1970 reihten sich publizistische und politische Kampagnen aneinander, die sich vor allem gegen die „Deutsche Welle“, „Radio Free Europe“ und „Radio Liberty“ richteten.

Dann wurden die sowjetischen Machthaber durch die Information aufgeschreckt, daß die USA bald in der Lage sein würden, durch Fernsehsatelliten direkt die Bildschirme anderer Länder zu erreichen¹⁷. Sofort wandte sich der sowjetische Außenminister Gromyko (8. 8. 1972) an den UNO-Generalsekretär und forderte eine internationale Konvention, die derartige Übertragungen nur bei „klar ausgesprochenem Einverständnis des betroffenen Landes“ erlauben sollte (Iswestija, 11. 8. 1972). Alle anderen Sendungen seien als „rechtswidrig“ anzusehen. Daß die Sowjetunion einst mit der grenzüberschreitenden Information und politischer Propaganda durch den Kominternsender begonnen hatte, war längst kein Diskussionsgegenstand mehr.

Es kann hier nicht auf die politischen Ziele der Sowjetunion im Zusammenhang mit den KSZE-Verhandlungen eingegangen werden. Keinesfalls zielten sie auf einen freien Informationsfluß in beiden Richtungen. Gerhard Wettig weist auf eine Forderung von östlicher Seite hin, die in entgegengesetzte Richtung deutet: „Die westlichen Regierungen, so hieß es, dürften sich nicht länger unter dem Vorwand westlicher Meinungsfreiheit ihrer Verantwortung dafür entziehen, daß von ihren Ländern nur noch friedens-

dienliche und moralgemäße Einflüsse auf andere Staaten ausgingen. Mit anderen Worten wurde den westlichen Führungen die Ausübung einer Zensur über die Gesellschaft zugemutet mit dem Ziel, daß die Staaten des sowjetischen Lagers vor westlichen Einwirkungen bewahrt bleiben sollten, die den Leitern der sowjetischen Politik unerwünscht sind.“¹⁸

Von westlicher Seite wurde die Forderung nach freiem Informations- und Meinungsaustausch in die KSZE-Verhandlungen eingebracht (3. Korb). Darauf reagierte Moskau geradezu hysterisch. Zutreffend überschrieb C. G. Ströhm einen Artikel Anfang 1973 „Moskau hat vor dem Westen Angst. Keine ideologische Koexistenz“ (Deutsche Zeitung, 19. 1. 1973). Im Dezember 1973 berieten ZK-Sekretäre der Warschauer-Pakt-Staaten in Moskau über das Thema: „Verteidigung und Verbreitung des kommunistischen Gedankenguts“.

Wehrpatriotische Erziehung

In den Jahren 1973 und 1974 erfolgte in der Sowjetunion der Umtausch der Parteidokumente, oder – wie es Baruch Hazan nennt – „Die sanfte Säuberung der KPdSU“ (Osteuropa, H. 11/12, 1974, 793 ff.). Sie sollte offensichtlich auch den Mitgliederbestand etwas verjüngen. Man darf annehmen, daß diese „Verjüngung“ auch eine „Inpflichtnahme“ junger Sowjetbürger zum Ziel hatte, eine Disziplinierung. Denn mit der Jugend hatte man erheblichen Kummer. Noch zu Zeiten Chruschtschows registrierten die Organe von Staat und Partei, aber auch die Armee, bedenkliche Erscheinungen in der sowjetischen Jugend. Alkoholismus, Halbstarkeexzesse, Zynismus und eine Neigung zum Nihilismus zeigten, daß sich die Jugend offensichtlich nicht auf dem gewünschten Weg zum „Sowjetmenschen“ befand. 1963 schlug der Leiter der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte eine umfassende „wehrpatriotische Erziehung“ vor. Erst nach Chruschtschows Sturz wurde die wehrpatriotische Erziehung, nach starker Unterstützung durch den Komsomol, erheblich verstärkt. Sie verknüpfte miteinander: Marxismus-Leninismus, Sowjetpatriotismus, Wehrpropaganda und vormilitärische Erziehung. Das neue Wehrpflichtgesetz vom Jahr 1967 machte die vormilitärische Ausbildung zur Pflicht, damit auch die „wehrpatriotische Erziehung“.

Im gleichen Jahre 1967 hatte sich der Chefredakteur der *Iswestija*, Tolkunow, über die jungen Sowjetbürger unter 30 Jahren besorgt geäußert: „Sie haben einen starken Drang entwickelt, selber Antworten auf die sie bewegenden Fragen zu finden, vor allem zu begreifen und nicht fertige Formeln auswendig zu lernen. Zugleich verfügen sie nicht immer über die genügende politische und sittliche Standfestigkeit, die Lebenserfahrung . . .“ (Kommunist, H. 2, 1967, 64). Die Gesamtzahl der Komsomolzen wuchs vom XVI. Komsomolkongreß im Jahr 1970 (27 Millionen) auf 34 Millionen zur Zeit des XVII. Komsomolkongresses im Jahr 1974. Dem XVII. Kongreß ging eine Konferenz der Sekretäre der Komsomolorganisationen in den Streitkräften voraus¹⁹. Mar-

schall Gretschko rief auf dieser Konferenz zu „revolutionärer Wachsamkeit“ auf und betonte die Bedeutung der ideologischen Schulung.

General Jepschew, Leiter der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte, äußerte sich in seinem Buch über den „Ideologischen Kampf in Militärfragen“ im gleichen Jahr 1974: „In der großen und schwierigen Angelegenheit der Formung des Menschen einer kommunistischen Gesellschaft, im ideologischen Kampf mit dem Imperialismus erweitern sich die Massenkommunikationsmittel – Presse, Rundfunk, Fernsehen – als äußerst wichtiges Instrument der Partei. Sie sind einer der wichtigsten Bereiche unserer ideologischen Arbeit . . . Man darf nicht vergessen, daß sich mit der Entwicklung der Massenkommunikationsmittel nicht nur unsere Möglichkeiten in der ideologischen Erziehung erhöht haben. Im bekannten Sinn haben sich auch die Möglichkeiten des geistigen Feindes verbreitert, fremde Ideen, Theorien und Gesichtspunkte einzuschleppen . . . Wir gehen dabei davon aus, daß der Kampf mit dem Eindringen des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf den Personalbestand der Streitkräfte nicht irgendeine isolierte, engspezialisierte Aufgabe der Kommandeure und Politorgane von Armee und Flotte ist. Dies ist ein Teil der großen Arbeit der gesamten Partei im Bereich der Ideologie.“²⁰

Kritik und Indoktrination

In der Zwischenzeit (hier können nur einige Beispiele erwähnt werden) waren die sowjetischen Machthaber dadurch beunruhigt worden, daß nicht nur die Tätigkeit der Dissidenten weitergegangen, sondern auch eine Beziehung zwischen innersowjetischen Vorgängen und der Entspannungspolitik hergestellt worden war. A. Sacharow hatte in einem Interview mit einem westlichen Korrespondenten im Jahr 1973 u. a. geäußert: „Auch unsere Presse muß sich ändern. Jetzt ist sie dermaßen vereinheitlicht, daß sie schon einen beachtlichen Informationswert verloren hat. Sie gibt die Tatsachen derart wieder, daß sie nur Eingeweihte verstehen, und entwirft ein entstelltes Bild von der Wirklichkeit im Lande“ (Stellungnahme, 54).

Im gleichen Jahr warnte er vor einer „Pseudo-Entspannung“ und forderte den Westen auf, von der Sowjetunion innenpolitische Erleichterungen zu verlangen (ebd., 137 ff.). Dieser Warnung schloß sich Solschenizyn an. Die Veröffentlichung seines „Archipel GULAG“ zu Beginn des Jahres 1974 im Ausland führte im Februar zu seiner Ausweisung in die Bundesrepublik. Nun erschien auch der von Solschenizyn im September 1973 verfaßte „Offene Brief an die sowjetische Führung“ (Darmstadt 1974, 9 ff., 59 ff.). Darin forderte er nicht nur die sowjetische Führung zu einem grundlegenden Kurswechsel auf, sondern warnte auch die westliche Welt vor einer falsch verstandenen Entspannung.

In einem Anhang zu diesem Brief forderte Solschenizyn schließlich die sowjetische Bevölkerung auf, sich der ideologischen Manipulation durch passive Resistenz zu entziehen. Die Überschrift dieses Anhangs lautete: „Lebt nicht mit der Lüge“. Hier kann

nicht auf die Auseinandersetzung innerhalb der Dissidenten in der UdSSR eingegangen werden. Aus der „Chronik der laufenden Ereignisse“ und anderen Samisdat-Periodika sind wir darüber informiert, daß der „selektive Terror“ unvermindert anhält. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß einige Dissidenten, die „Reue“ gezeigt hatten (Prozeß Jakir und Krassin), sehr milde bestraft wurden, daß andere ins Ausland abgeschoben wurden.

„Die Sowjetführung begnügte sich dabei nicht mit den genannten repressiven Maßnahmen“, schreibt Meissner (a. a. O. 1007). „Sie versuchte gleichzeitig, durch eine Intensivierung der ideologischen Indoktrination und durch eine Verschärfung der Kulturpolitik den Einflüssen, die von der ‚demokratischen Opposition‘ und vom Ausland ausgingen, entgegenzuwirken. Vor allem war sie bestrebt, die junge Generation gegenüber diesen Einflüssen abzuschirmen.“ Die für Mai 1974 vorgesehenen Feiern zum 250jährigen Bestehen der Akademie der Wissenschaften wurden zu Internveranstaltungen umfunktioniert. Ganz offensichtlich fürchtete man die Begegnung mit Wissenschaftlern der westlichen Welt und ihre Fragen nach dem Schicksal der Dissidenten²¹.

Im August wurde der ZK-Beschluß „Über die Arbeit bei der Auswahl und der Erziehung der ideologischen Kader in den Parteiorganisationen Weißrußlands“ gefaßt. Er galt, wie das bei ZK-Beschlüssen dieser Art üblich ist, keineswegs nur der weißrussischen Republik, sondern ist als Aufforderung zur allgemeinen Verbesserung der ideologischen Erziehungsarbeit zu werten. Daher wird er bis heute immer wieder in sowjetischen Veröffentlichungen herangezogen und zitiert.

Um die Situation des Jahres 1974 abzurunden, muß noch darauf hingewiesen werden, daß in diesem Jahr im Westen die Zeitschrift „Kontinent“ zum erstenmal erschien. In ihr publizierten nicht nur Solschenizyn und Maximow, die sich inzwischen im Ausland befanden, sondern auch Sacharow und Kornilow, die noch in der Sowjetunion lebten. Damit war eine Verbindung zwischen dem Samisdat und der westlichen Publizistik sichtbar hergestellt.

Die Anzahl der Artikel und Broschüren, die Anzahl der Rundfunktexte, die in der Sowjetunion erschienen und den freien Informationsfluß in beiden Richtungen verurteilten, ist inzwischen nicht mehr überschaubar. Allein ihre Aufzählung würde viele Seiten füllen. Darin ist die Rede von „Diversions“, „völkerrechtswidriger Einmischung“, „Vergiftung der Entspannung“²² usw. Im Februar 1975 fand erneut ein „internationales Symposium“ in Moskau statt²³, das sich mit den Abwehrmaßnahmen der Sowjetunion und der von ihr abhängigen Staaten gegen einen freien Informationsfluß und der eigenen „außenpolitischen Propaganda“ befaßte. Es ging um drei Themenbereiche: 1. Probleme der Theorie kommunistischer Propaganda, 2. Soziologische und sozialpsychologische Probleme der kommunistischen Propaganda, 3. Außenpolitische Propaganda und Konterpropaganda.

Die innersowjetische Kritik an der sowjetischen Informationspolitik verstummte jedoch nicht. Lewytzkij zitiert aus einem im Frühjahr 1975 in Moskau erschienenen Samisdat-Text „Das XX. Jahrhundert“ die Meinung von Roy Medwedjew: „Unser Land

ist selbstverständlich aufgrund des Fehlens einer freien Presse wie einer Opposition und aufgrund der Verletzung des Rechts politischer Minderheiten auf die Freiheit des Wortes der wichtigsten Rückkoppelungskanäle beraubt. Dies schwächt den Einfluß der Gesellschaft auf die Politik ,derer da oben‘.“²⁴

In diesen Rahmen paßt eine Maßnahme, die in der westlichen Welt nicht beachtet worden ist. Im Juni 1975 wurde in der Sowjetunion ein neues Religionsgesetz erlassen²⁵, das die bisherigen harten Maßnahmen gegen die verschiedenen Religionsgemeinschaften rechtlich untermauerte und den kleinen Spielraum der Gläubigen weiter einschränkte. Hierzu paßt ebenfalls die ständige Bemühung um den „neuen Menschen“, der z. B. das ideologische Zentralorgan „Kommunist“ (H. 10, 1975) fast eine ganze Nummer widmete: „Erziehung des neuen Menschen – eine der wichtigsten Aufgaben des kommunistischen Aufbaus.“

In der Zwischenzeit hatte sich die Sowjetunion gezwungen gesehen, bei den KSZE-Verhandlungen in Helsinki wenigstens über ein „Körbchen 3“ zu verhandeln. Auch fiel in das Jahr 1975 die Zuerkennung des Friedensnobelpreises an den sowjetischen Systemkritiker Sacharow. Als nach zweijähriger Beratung am 1. August 1975 in Helsinki die KSZE-Vereinbarungen unterzeichnet wurden, enthielt die Schlußakte – allerdings in stark verwässerter Form – ein Bekenntnis zur Verbesserung des gegenseitigen Informationsflusses, nicht eine Zusicherung.

Formal gesehen hätte die Sowjetunion nun aus der Ratifizierung der Menschenrechtskonvention im Jahr 1973 und der Unterzeichnung der KSZE-Vereinbarungen Konsequenzen ziehen müssen. Sacharow wies allerdings in seinem im Juni 1975 verfaßten Text „Mein Land und die Welt“ (München 1975, 36) nach, daß der Sowjetbürger „das Produkt einer totalitären Gesellschaft“ ist: „Die völlige ideologische Gleichschaltung verlangt von den Menschen täglich – von der Schulbank bis zum Lehrstuhl des Professors – Heuchelei, prinzipienlose Anpassung, Farblosigkeit und Selbstbetrug.“

In seinem Vorwort für die ausländischen Leser, das er im Oktober 1975 verfaßte, schrieb er u. a.: „In den seit Beendigung der Konferenz vergangenen Monaten haben sich die Ergebnisse von Helsinki auf die Politik der Führung unseres Landes noch nicht im geringsten ausgewirkt, vor allem nicht, was die Menschenrechte betrifft.“ Er ruft die Leser im Westen auf, sich hierfür einzusetzen, nennt eine Kette von Personen, die wegen ihrer Überzeugung verfolgt werden und weist darauf hin: „Schon nach der Konferenz von Helsinki wurde der Herausgeber der Samisdat-Zeitschrift ‚Wjatsche‘, Wladimir Ossipow, zum zweitenmal zu acht Jahren Haft verurteilt“ (ebd. 5).

Der XXV. Parteitag

Die innenpolitische Situation in der Sowjetunion vor Beginn des XXV. Parteitags der KPdSU im Februar 1976 ist, wobei wir uns auf unser Thema beschränken und einen Artikel von Georg Brunner²⁶ heranziehen, gekennzeichnet durch: die Zunahme

repressiv terroristischer Herrschaftsmethoden; die Zunahme der ideologischen Indoktrination; eine repressive Nationalitätenpolitik: „Insgesamt treten die totalitären Züge der Innenpolitik und des Herrschaftssystems verstärkt hervor. Der größte Teil der akuten Probleme ist ungelöst geblieben . . .“

Der Rechenschaftsbericht von Generalsekretär Breschnew auf dem XXV. Parteitag (Sozialismus, H. 3, 1976, 44 ff.) machte deutlich: „Die Entspannung hebt die Gesetze des Klassenkampfes keineswegs auf, und sie kann diese Gesetze weder aufheben noch abändern.“ In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, wie wichtig die Aufgaben der Parlamentarier, Wissenschaftler, Kulturschaffenden, von Presse, Rundfunk und Fernsehen, von allen im Ausland tätigen Sowjetbürgern seien, um im internationalen Bereich zu wirken. Gemeint ist hier ganz offensichtlich eine „Gegenpropaganda“. Die Tätigkeit der Partei soll vor allem der Steigerung der Produktion und der „moralischen Erziehung“ der Sowjetbürger dienen (96 ff.). „Im Kampf der zwei Weltanschauungen darf es keinen Raum für Neutralismus und Kompromisse geben.“ Lobend hob Breschnew die Erziehungsarbeit der Armee hervor. Seit dem vorhergehenden Parteitag seien 42 Millionen Sowjetbürger durch die Schulung der Parteiorgane gegangen. Die Parteiorganisationen ermahnte Breschnew, sich mehr um die Anleitung der Presse zu kümmern. Die Entwicklung in Literatur und Kunst beurteilte er positiv.

Im letzten Abschnitt des Rechenschaftsberichts (109 ff.) findet man einen Absatz, der ganz offensichtlich die Repressivmaßnahmen des Systems rechtfertigen soll: „Man kann an die Leninschen Worte darüber erinnern, daß in unserer Gesellschaft alles moralisch ist, was den Interessen des Aufbaus des Kommunismus dient. In Anlehnung daran können wir sagen, daß für uns alles demokratisch ist, was den Interessen des Volkes und den Interessen des kommunistischen Aufbaus dient. Das, was diesen Interessen widerspricht, lehnen wir ab, und niemand wird uns davon überzeugen können, daß das eine falsche Einstellung ist.“

Der Parteitag setzte keinen neuen Akzent, er bestätigte den harten innenpolitischen Kurs. Im ZK fanden mehr Militärs und Vertreter der Leitmedien einen Platz. Der Chefredakteur der „Prawda“, Simjanin, wurde unter die Sekretäre des ZK aufgenommen. Der in diesem Text bereits einmal erwähnte G. Romanow, ein Vertreter des harten innenpolitischen Kurses, wurde Vollmitglied des ZK. In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß vor Beginn des Parteitags das Leitorgan „Kommunist“ (H. 3, 1976, 80 ff.) ehrend der 80. Wiederkehr des Geburtstags des verstorbenen Schdanow gedachte. Schdanow hatte sich nach dem Krieg unter Stalin als ideologischer Einpeitscher besonders gegenüber den Schriftstellern hervorgetan. Für Sowjetbürger war dies eine eindeutige Warnung.

Kaum war der Parteitag beendet, da wurden die „Leiter von Presse, Fernsehen, Rundfunk und den Nachrichtenagenturen“ zu einer Tagung ins ZK gerufen. Sie wurden dazu verpflichtet, die Entscheidungen des Parteitags zu verbreiten und zu propagieren, und zwar vor allem unter zwei Gesichtspunkten: Steigerung der Arbeitsleistung und Festigung des ideologischen Bewußtseins (Pravda, 18. 3. 1976).

Die gegenwärtige Situation

Mitte des Jahres 1976 ist die Situation fast unverändert. Der Druck auf die Dissidenten hält an, die Maßnahmen variieren. Die Massenmedien fordern zur Verbesserung der Arbeitsleistung auf. Sie mühen sich gleichzeitig um die Hebung des sozialistischen Bewußtseins. Von den Maßnahmen gegen die Dissidenten liest man in der offiziellen sowjetischen Publizistik fast nichts. Der Samisdat berichtet laufend mit sehr genauen Angaben über die Verfolgungen. Die Grundlinie der offiziellen Publizistik kann man einem Leitartikel der „Prawda“ vom 8. Juni 1976 entnehmen. Dort heißt es u. a.: „Da sie über ein so großes Auditorium verfügt, erweist sich die Publizistik als wirksames Instrument zur Formung der öffentlichen Meinung, als wichtiges Mittel zur Erläuterung und Propagierung der Politik der Kommunistischen Partei.“

Der Kampf gegen den unerwünschten Informationsfluß aus dem Westen hat inzwischen fast groteske Formen angenommen. Artikel, Broschüren, Vorträge drängeln sich. Es genügt, einen davon zu lesen, da sie offensichtlich alle nach einem von oben gelieferten Schema verfaßt werden. Die Argumentation beschuldigt in primitiver Form den Westen, den Informationsfluß aus den sozialistischen Staaten abzublocken²⁷. Zum Beweis wird z. B. gegenübergestellt, wie viele Filme aus der UdSSR im Westen aufgeführt worden sind und wie viele aus dem Westen in der Sowjetunion. Die Frage, um welche Qualität es sich handelt, wird nicht einmal erwähnt. Die Beschuldigungen gegen westliche Sender, die für sozialistische Bürger senden, sind stereotyp gleich geblieben. Daß aber z. B. Radio Moskau in seinen Sendungen für das kapitalistische Ausland nicht gerade zimperlich ist, wird dabei übergangen.

Den kapitalistischen Staaten wird vorgeworfen, durch Behinderung des Informationsflusses gegen die Vereinbarungen von Helsinki verstoßen zu haben²⁸. In der sowjetischen Zeitschrift „Internationales Leben“ schlug kürzlich V. Korobeinikov für das Informationsverhalten sogar das Modell Finnland vor²⁹. Nun kann aber kein Zweifel bestehen, daß in Finnland – aufgrund der besonderen Einflüsse der Sowjetunion – die Massenmedien einen begrenzten Spielraum haben. Sacharow hingegen schlug im Jahr 1975 vor: „Notwendig wäre ein freier Austausch von Büchern, Zeitschriften, Zeitungen und Filmen. Notwendig ist die Zurücknahme des beschämenden Kapitulationsbeschlusses der Generalversammlung der UNO über das Verbot des freien Fernsehens via die Satelliten (Millionen Menschen sehen fern und haben das Recht, zu sehen, was sie wollen). Notwendig ist auch die Verbesserung der ausländischen Rundfunksendungen in die UdSSR und ein totales Verbot aller Störungen. Dabei brauchen wir in erster Linie eine genaue, knappe Berichterstattung über Tatsachen und politisch bedeutsame Ereignisse“ (Mein Land und die Welt, 117).

Die Bilanz der Entwicklung im Bereich der Massenkommunikation der UdSSR nach Chruschtschows Pensionierung ist bestürzend. Ein bürokratisch-zentralistischer Führungsstil, der an die Stalinzeit erinnert, hat sich durchgesetzt. Die Massenmedien sind wieder zu reinen Instrumenten degradiert, die Sowjetbürger werden behandelt wie

unmündige Kinder, die erzogen und behütet werden müssen – oder bestraft, wenn sie aufmucken.

ANMERKUNGEN

- ¹ Sovjetskaja pečat (Sowjetpresse), H. 3, 1965, 1.
- ² M. Tatu, Macht und Ohnmacht im Kreml (Frankfurt 1968) 477 ff.
- ³ V. Stepakow, Partijnoj propagande – naučnye osnovy (Der Parteipropaganda wissenschaftliche Grundlagen) (Moskau 1967) 265.
- ⁴ P. Roth, Die Petition der 167 Intellektuellen, in: Die Politische Meinung, H. 150, 1973, 115.
- ⁵ W. Leonhard, Am Vorabend einer neuen Revolution? (München 1975) 128.
- ⁶ L. Feuer, Intellectual Opposition, in: Problems of Communism (Nov./Dez. 1970) 3.
- ⁷ Siehe hierzu: A. v. Tarnow, Demokratie in der Illegalität. Die „Chronik der laufenden Ereignisse“ (Stuttgart 1971).
- ⁸ P. Hübner, Die Rolle der Literatur und der Literaten in der sowjetischen Opposition, in: Opposition in der Sowjetunion, hrsg. v. H. Brahm (Düsseldorf 1972) 79.
- ⁹ Siehe hierzu: Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei (Moskau 1968).
- ¹⁰ Naučnye osnovy kommunističeskoj propagandy (Wissenschaftliche Grundlagen der kommunistischen Propaganda) (Moskau 1975) 453 ff.
- ¹¹ Davidjuk-Bobrovskij, Problemy „massavoj kul'tury“ i „massovoj kommunikacij“ (Probleme der „Massenkultur“ und der „Massenkommunikation“) (Minsk 1972) 184.
- ¹² R. Medwedjew, Sowjetbürger in Opposition (Hamburg 1973) 216, 169.
- ¹³ L. Wladimirow, Die Russen privat (Wien 1969) 100.
- ¹⁴ Zit. in: H. Koschwitz, Publizistik und politisches System (München 1974) 185.
- ¹⁵ A. Sacharow, Stellungnahme (München 1974) 95.
- ¹⁶ A. Borke, Das April-Plenum 1973, in: Osteuropa, H. 12, 1973, 918.
- ¹⁷ Freie Information unerwünscht? Sowjetunion gegen US-Pläne für Satellitensendungen mit Heimempfang, in: Amerika-Dienst. Information (Bonn 33, 1972).
- ¹⁸ G. Wettig, Koexistenz-Konzept und Europa-Politik aus sowjetischer Sicht. Bericht des Bundesinstituts (Köln 1974) 11.
- ¹⁹ B. Meissner, Die Sowjetunion zwischen dem XXIV. und XXV. Parteikongreß der KPdSU, in: Osteuropa, H. 12, 1975, 1005.
- ²⁰ A. Epišev, Ideologičeskaja bor'ba po voennym voprosam (Der ideologische Kampf in militärischen Fragen (Moskau 1974) 107 ff.
- ²¹ A. Buchholz, Das vertagte Jubiläum, in: Osteuropa, H. 11/12, 1974.
- ²² Siehe vor allem: G. Wettig, Der Informationsfluß zwischen Ost und West im Lichte des sowjetischen Koexistenz-Konzeptes, in: Osteuropa, H. 6, 1976, 427 ff. Ferner: Materialien zur sowjetischen Informationspolitik, in: Osteuropa-Archiv, H. 6, 1976, A 336 ff.; A. Tschakowski, Der Kampf der Ideen und die Freiheit der Information, in: Sowjetunion heute, H. 12, 1973, 14; Panfilov-Kartschewski, Radiodiversanten (Moskau 1974).
- ²³ Über dieses Symposium siehe: Naučnye osnovy kommunističeskoj propagandy (Wissenschaftliche Grundlagen der kommunistischen Propaganda) (Moskau 1975).
- ²⁴ B. Lewytsky, Zur sowjetischen Informationspolitik, in: Osteuropa, H. 6, 1976, 435.
- ²⁵ G. Simon, Verhärtung durch Festschreibung. Zum neuen Religionsgesetz in der Sowjetunion, in: Herder-Korrespondenz, H. 6, 1976, 296 ff.
- ²⁶ G. Brunner, Aktuelle Probleme der sowjetischen Innenpolitik am Vorabend des XXV. Parteitages, in: Osteuropa, H. 2, 1976, 93.
- ²⁷ Z. B. Evropa posle Gelsinki. „Tretja korzina“ – slova i dela (Europa nach Helsinki. „Der dritte Korb“ – Worte und Tatsachen), in: Pravda, 8. 6. 1976.
- ²⁸ Z. B. W. Popow, Stellvertretender Minister für Kultur der UdSSR, Kulturaustausch: Wer steht bei wem in Schuld?, in: Sowjetunion heute, H. 8, 1976, 8.
- ²⁹ W. Korobejnikov, Čto skryvaetsja za koncepciej „svobody informacij“ (Was verbirgt sich hinter der Konzeption von der „Informationsfreiheit“) in: Meždunarodnaja Žizn (Internationales Leben) H. 1, 1976, 103.